

DIE WTO UND DER KONFLIKT UM DIE LANDWIRTSCHAFT

Die Kleinbauern müssen geschützt werden

Es ist fraglich, ob ein verbesserter Zugang zu den Märkten des Nordens den Kleinbauern im Süden helfen würde. Wichtiger ist ein Abbau der Überschussproduktion in den Industrieländern.

Von **Marianne Hochuli***

Nach hektischen informellen WTO-Treffen im kleinen Kreis treffen sich ab morgen Mittwoch die Handelsdelegierten der 148 WTO-Mitgliedsländer in Genf zum zweiseitigen Generalrat. Insbesondere in der Landwirtschaft sollen möglichst schnell konkrete Beschlüsse verabschiedet werden. Eines der heiss umstrittenen Themen ist der Zollabbau in der Landwirtschaft, um die Landwirtschaftsmärkte weiter zu öffnen.

Die wichtigsten Akteure des Welthandels mit landwirtschaftlichen Produkten sind multinationale Agrarkonzerne, die danach streben, ihre Marktmacht auszubauen. Eine geringe Zahl von Grosskonzernen kontrolliert die gesamte Kette von der Produktion in den Exportländern bis zum Einzelhandel der Abnehmerländer.

Der überwiegende Teil der Kleinbäuerinnen und -bauern in südlichen Ländern produziert für den Eigenbedarf sowie für die lokalen Märkte. Sie verfolgen also nicht das Ziel, sich im Exportsektor zu betätigen und ihre Produkte in die Industrieländer zu exportieren.

Das Hauptproblem für viele dieser Kleinbauern ist denn auch keineswegs der fehlende Marktzugang zum Norden. Vielmehr leiden sie darunter, dass auch ihre Regierungen sich in der

laufenden WTO-Liberalisierungsrunde verpflichten, die Zölle weiter zu senken. Als Folge des abgebauten Grenzschutzes müssen lokale Produkte gegen billige Importprodukte konkurrieren, die im Norden produziert und unterhalb ihrer Produktionskosten auf den Markt geworfen werden.

Die Philippinen liefern ein eindrückliches Beispiel für die Folgen einer solchen Entwicklung. Nachdem sich die philippinische Regierung auf Grund des WTO-Landwirtschaftsabkommens Anfang der Neunzigerjahre zum Zollabbau bei Grundnahrungsmitteln verpflichtet hatte, stiegen die billigen Importe von Kartoffeln, Reis, Mais, Zwiebeln, für die zuvor ein Einfuhrverbot bestanden hatte, in kürzester Zeit an. Die Preise für einheimische Nahrungsmittel brachen beinahe auf die Hälfte ein und erschwerten das Auskommen der Bäuerinnen und Bauern sehr, viele verloren ihre Existenzgrundlage ganz.

Zahlreiche Studien der Uno-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) belegen dieses Phänomen in verschiedenen Ländern.

Entwicklungsländer gegen Dumping

Frauen haben ganz besonders mit den negativen Folgen eines liberalisierten Landwirtschaftsmarktes zu kämpfen. In einzelnen Ländern sind bis zu achtzig Prozent der Frauen in der Landwirtschaft tätig, vorwiegend in kleinstbäuerlichen Strukturen. So stieg in Mexiko die Armut bei Bäuerinnen überdurchschnittlich, nachdem als Folge des 1994 abgeschlossenen Nafta-Handelsabkommens – Mexiko seine Grenzen für Getreideimporte aus den USA öffnen musste. Durch die Importschwemme von billigem Mais fielen die Preise so drastisch, dass die Kleinproduzen-

tinnen ihren eigenen Mais nicht mehr verkaufen konnten. Dadurch hatten sie bis zu fünfzig Prozent weniger Geld für Nahrungsmittel, Bekleidung, Gesundheit, Bildung und Haushaltsausgaben zur Verfügung.

Die Industrieländer, allen voran die EU und die USA, produzieren meist subventionierte Überschüsse und werfen diese unterhalb der Produktionskosten auf den Weltmarkt. Entwicklungsländer erhalten so keine Chance, ihre Produkte existenzsichernd abzusetzen. Ein zentrales Anliegen vieler Entwicklungsländer in den WTO-Verhandlungen ist es darum, dieses Dumping zu verbieten.

Wohl haben die Industrieländer bereits in einem Rahmenabkommen vom Juli 2004 zugesagt, ihre Exportsubventionen auslaufen zu lassen. In den letzten Tagen haben zudem sowohl die USA als auch die EU einen Vorschlag zum Abbau interner Stützungen an die Bauern zugesagt. Es ist jedoch anzunehmen, dass das nach wie vor hohe Subventionsniveau in der EU und den USA Exporte zu Preisen unter den eigenen Produktionskosten weiterhin erlaubt. Die USA nutzen zudem die Lebensmittelhilfe an Entwicklungsländer, um sich ihrer Überschussproduktion zu entledigen. Den Vorschlag, Nahrungsmittelhilfe solle vornehmlich in Form von finanziellen Zuwendungen und nur als Schenkung vergeben werden, akzeptierten die USA bis anhin nicht.

Die Industrieländer – auch die Schweiz – können es sich leisten, den Bauern und Bäuerinnen Unterstützungsbeiträge zu Gunsten einer multifunktionalen Landwirtschaft zu zahlen, die auch Umwelt- und Tierschutz sowie eine regionale ländliche Entwicklung fördern. Die meisten Entwicklungsländer haben diese Mittel nicht. Sie pochen deshalb auf das Recht, auf einfache Weise

Zölle erheben oder Importmengen beschränken zu können, falls billige Importe ihre eigene Landwirtschaft bedrohen.

Kein Nord-Süd-Graben bei der WTO

Bei den WTO-Verhandlungen über die Landwirtschaft tut sich keineswegs ein Nord-Süd-Graben auf, wie dies allenthalben postuliert wird. Bäuerinnen und Bauern aus Nord und Süd haben sich zusammengeschlossen. Sie plädieren für das Konzept der Ernährungssouveränität: Jedes Land soll das Recht haben, eine Landwirtschafts- und Ernährungspolitik zu definieren und umzusetzen, die seinen Bedürfnissen entspricht und in enger Zusammenarbeit mit den einheimischen Produzierenden und Konsumierenden erfolgt. Voraussetzung ist allerdings, dass die Exportsubventionen, die eine industrielle Produktion ankurbeln und die Existenz von Kleinbauern in Entwicklungsländern zerstören, abgeschafft werden.

Das WTO-Agrarabkommen muss im Rahmen einer internationalen Agrarwende grundlegend umgestaltet werden und zur Hungerbekämpfung und zur Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung beitragen. Die klein strukturierte Landwirtschaft in ihrer einzigartigen Vielfalt leistet einen entscheidenden Beitrag zur Ernährungssicherheit. Deshalb müssen die Regeln des internationalen Agrarhandels so verändert werden, dass sie für und nicht gegen die klein strukturierte Landwirtschaft ausgerichtet sind. Dabei ist ein fast ausschliesslicher Fokus auf einen besseren Marktzugang der falsche Ansatz.

* *Marianne Hochuli ist bei der entwicklungs-politischen Organisation Erklärung von Bern für den Bereich Handelspolitik verantwortlich.*